

Gemeinde Ahrntal
Klausbergstraße 85, Steinhaus
39030 Ahrntal

Stempelmarke ¹⁾
16,00 €

¹⁾ von der Stempelmarke befreit, falls die Eintragung im Landesverzeichnis der ehrenamtlich tätigen Organisationen erfolgt ist (Art. 8 Gesetz vom 11.08.1991, Nr. 266)

Eingetragen mit D.L.H. Nr. _____ vom _____

Ansuchen um Gewährung eines Beitrages für außerordentliche Tätigkeiten und Anschaffungen

Antragsteller: (Zutreffendes ankreuzen)

Verein, Gruppe, Interessentschaft Priv. Körperschaft, Stiftung, Einrichtung privater Natur Öff. Körperschaft Einzelperson

Der/die unterfertigte _____ geboren in _____ am _____

wohnhaft in _____ Straße _____ Nr. _____

in der Eigenschaft als (Obmann, Präsident...) _____

des/der (Verein, Verband...) _____

mit Sitz in _____ Straße _____ Nr. _____

Steuernummer _____ Mehrwertsteuernummer _____

ersucht

um die Gewährung eines außerordentlichen Beitrages in Höhe von _____ Euro für

(Zutreffendes ankreuzen)

- außerordentliche Initiativen und Tätigkeiten (= einmaliger Beitrag)
 außerordentliche Anschaffungen und Investitionen (= Investitionsbeitrag)

Folgende Angaben über die eigene Organisation werden mitgeteilt:

Gesetzlicher Vertreter _____ Tel. /Handy-Nr. _____

Kontaktperson für Rückfragen der Gemeinde _____

Tel. /Handy-Nr. _____ E-Mail _____

Anzahl der eingeschriebenen Mitglieder _____

Tätigkeitsbereich (Zutreffendes ankreuzen):

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Gesundheitswesen | <input type="checkbox"/> Zivilschutz, Umwelt- und Landschaftsschutz |
| <input type="checkbox"/> Kultur, Erziehung, Bildung | <input type="checkbox"/> Kultus |
| <input type="checkbox"/> Sport, Erholung, Freizeit | <input type="checkbox"/> Wirtschaft |
| <input type="checkbox"/> Soziales, humanitäre Belange | <input type="checkbox"/> Anderes (spezifizieren): _____ |

(Zutreffendes ankreuzen)

- Eine Ablichtung der Gründungsurkunde und der geltenden Satzungen ist bereits bei der Gemeinde hinterlegt.
 Eine Ablichtung der Gründungsurkunde und der geltenden Satzungen wird diesem Ansuchen beigelegt.

Ausdrücklich und in eigener Verantwortung erklärt der/die Unterfertigte, in Kenntnis der strafrechtlichen Folgen im Falle unwahrer oder unvollständiger Angaben:

(Zutreffendes ankreuzen)

- die Organisation arbeitet ohne Gewinnabsichten und ist demokratisch aufgebaut;
 die Ämter und Funktionen innerhalb der Organisation werden ehrenamtlich ausgeübt;
 die erhaltene Beihilfe wird ausschließlich für den Zweck verwendet, für den sie gewährt wird;
 der Gemeindebeitrag wird ausschließlich für institutionelle und nicht kommerzielle Tätigkeiten gemäß den geltenden Steuerbestimmungen verwendet (in Hinblick auf die Nicht-Anwendung des Vorsteuereinbehaltes gemäß Art. 28 D.P.R. vom 29.09.1973, Nr. 600);
 der Gemeindebeitrag unterliegt dem Steuereinbehalt von 4% (Art. 28 D.P.R. vom 29.09.1973, Nr. 600);
 die Mehrwertsteuer kann abgesetzt werden, und zwar: gänzlich oder teilweise, im Ausmaß von ____ %
 die Mehrwertsteuer kann nicht abgesetzt werden;

GEGENSTAND DER AUSSERORDENTLICHEN AUSGABE

Beschreibung	Kosten ¹⁾

1) Wenn es sich um einen Investitionsbeitrag handelt, muss der eingesetzte Betrag mit dem Kostenvoranschlag oder dem Projekt übereinstimmen, der/das diesem Ansuchen in Abschrift beigelegt werden muss.

BESCHREIBUNG UND BEGRÜNDUNG DER AUSSERORDENTLICHEN AUSGABE (MUSS AUSGEFÜLLT WERDEN)

FINANZIERUNGSPLAN FÜR DIE GEPLANTE AUSSERORDENTLICHE AUSGABE

-> dieser Abschnitt muss ausgefüllt werden, falls die Ausgabe *noch nicht getätigt* wurde

Erwartete Einnahmen	
Eigenmittel	€
Landesregierung	€
Region	€
Fraktion	€
Mitgliedsbeiträge	€
Sonstige Spenden	€
Erwarteter Beitrag v. d. Gemeinde	€
Gesamteinnahmen	€

Voraussichtliche Ausgaben	
Ausgabe laut Kostenvoranschlag	€
Ausgabe lt. Projekt	€
	€
	€
	€
	€
	€
	€
Gesamtausgaben	€

FINANZIERUNGSPLAN FÜR DIE DURCHGEFÜHRTE AUSSERORDENTLICHE INVESTITION/INITIATIVE DETAILLIERTE GEGENÜBERSTELLUNG EINNAHMEN / AUSGABEN

-> dieser Abschnitt muss ausgefüllt werden, falls die Ausgabe *bereits getätigt* wurde

Einnahmen	
Eigenmittel	€
Landesregierung	€
Region	€
Fraktion	€
Mitgliedsbeiträge	€
Sonstige Spenden	€
Erwarteter Beitrag v. d. Gemeinde	€
Gesamteinnahmen	€

Effektive Ausgaben	
	€
	€
	€
	€
	€
	€
	€
	€
Gesamtausgaben	€

Der/die Unterfertigte erklärt unter eigener Verantwortung:

- den Inhalt der Gemeindeverordnung über die Gewährung von Beiträgen lt. Ratsbeschluss Nr. 47 vom 19.12.2012 zu kennen und sämtliche dort angeführte Bedingungen anzunehmen;
- dass die gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen;
- in Kenntnis der vorgesehenen strafrechtlichen Sanktionen bei Abgabe von unwahren Erklärungen bzw. bei Erstellung oder Gebrauch von gefälschten Urkunden zu sein, und sich bewusst zu sein, dass im Falle von Falscherklärungen, von Verwendung von gefälschten Unterlagen oder von solchen, die nicht der Wahrheit entsprechen, der Beitragsempfänger sein Anrecht auf den Beitrag verliert und zusammen mit der Person, welche die Handlungen gesetzt hat, von der Möglichkeit ausgeschlossen wird, für einen vom Gesetz festgelegten Zeitraum von der Gemeindeverwaltung wirtschaftliche Vergünstigungen/Beiträge in Anspruch zu nehmen;
- in Kenntnis zu sein, dass für die Auszahlung ein eigenes Ansuchen des/der gesetzlichen Vertreters/in zusammen mit den Unterlagen lt. Artikel 7, Absatz 5 der Verordnung über die Gewährung von Beiträgen eingereicht werden muss.

Der Beitragsempfänger verpflichtet sich, der Gemeinde evtl. Änderungen von relevanten Angaben (Daten Antragsteller, Bankverbindung, Absetzbarkeit der Mehrwertsteuer, ...) unverzüglich mitzuteilen.

Ahrntal, _____

Unterschrift

Anlagen (Zutreffendes ankreuzen):

- Ablichtung der Gründungsurkunde
- Ablichtung der geltenden Satzung
- Kopie des Kostenvoranschlages (bei Ankäufen)
- Kopie des Projektes (bei Bauvorhaben)
- Ansuchen um Auszahlung (nur, falls die Ausgabe bereits getätigt worden ist)
- _____

Aufklärung in Bezug auf Nachkontrollen

Die Gemeinde behält sich das Recht vor, Kontrollen durchzuführen und die Ansuchen der Beitragsempfänger per Zufallsprinzip zu überprüfen.

Bei Unregelmäßigkeiten oder bei Eintreten von aufklärungsbedürftigen Sachlagen kann die Gemeinde die Bezahlung von ausständigen Beihilfequoten aussetzen bzw. nach den notwendigen Erhebungen die Beihilfen widerrufen.

-----**DER GEMEINDE VORBEHALTEN**-----

Prüfungsvermerk

Zuständige Dienststelle:

- Sekretariat
- Buchhaltung
- _____

Klassifizierung des Beitrages:

- außerordentliche Initiativen und Tätigkeiten (= einmaliger Beitrag)
- außerordentliche Anschaffungen und Investitionen (= Investitionsbeitrag)

Überprüfung und Entscheidung:

- Das vorliegende Ansuchen ist vollständig.
- Das vorliegende Ansuchen ist unvollständig, es fehlt: _____

Die Kontaktperson des Vereines wurde über die Unvollständigkeit informiert:

- telefonisch am _____ von _____
- per E-Mail am _____ von _____
- schriftlich am _____ von _____
- persönlich am _____ von _____

(Datum und Name angeben)

- Das Ansuchen wurde vervollständigt. Datum: _____
- Das Ansuchen wurde nicht vervollständigt.

vorgeschlagener Beitrag _____	Entscheidung des Gemeindeausschusses Beschluss Nr. _____ vom _____ genehmigter Beitrag _____ zum Beitrag zugelassene Ausgabe _____
---	--

Auszahlung:

Ansuchen um Auszahlung vom: _____

Der Gemeindeausschuss verfügt die Auszahlung des Betrages von _____. Datum: _____	Zahlungsanweisung Nr. _____ Datum _____
--	--